

zen transzendiert wird (vgl. Wohlaab-Sahr 1995; Junge 2002). Sinnerfüllung – ob religiös, spirituell, politisch – bestimmt heutige Lebens- und Karriereplanungen. Zweitens verändern sich die Vorstellungen von Arbeit und Politik im Wechselspiel: Arbeit reduziert sich auf keine klassische Lohnarbeit, das Politische ist an keine institutionelle Politik oder kollektiven Willensbildungsprozesse mehr gebunden. Politische Anspruchshaltungen werden mit Karriereplanungen vereint und an die Lebenswelt herangetragen – Arbeit wird zur alltäglichen Lebensführung, in der sich Sinnansprüche und politische Ziele kreuzen; Arbeit ist, im Sinne Marx, die Veränderung des Bestehenden durch den Eingriff in die Natur (vgl. Marx 2018a: 192) – und dieses Eingreifen hat spätestens unter neuen klimatischen Risiken eine politische Dimension.

Das heißt: Die Arbeitssubjekte dieser Studie sind Hybrid-Subjekte, sie sind weder klassische Policy Entrepreneure noch Social Entrepreneure. Vielmehr sind sie *Producer Citizen* (als Pendant zum *Consumer Citizen*, vgl. Lamla 2007, 2013: 25ff.), die zwischen Markt, Zivilgesellschaft und Politik treten, und darin lässt sich eine historische Verschiebung erkennen: War das Arbeitssubjekt über Jahrhunderte vom politischen Einflussbereich ausgeschlossen, weil es arbeitete, und gemeint ist die Zeitspanne von der Antike bis zur Renaissance, steht es heute für Formen der gesellschaftspolitischen Mitgestaltung, weil es herstellt. Dabei hat sich die einst propagierte antiökonomische Perspektive der „Alternativbetriebe“ (Bierhoff/Wienold 2010: 230) und „Dienstleistungskollektive“ (Brand et al. 1983: 167) der 1970er Jahre hin zu neuen unternehmerischen Positionen verschoben. Was das wiederum für eine politikwissenschaftliche Betrachtung auf Arbeit bedeutet, wird im nächsten Abschnitt diskutiert.

## 8.5 Das Selbsterstellen im Kontext der Debatte um neue Politikformen

Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für die Politikwissenschaft? Ist das Selbsterstellen Ausdruck von Protest oder Beteiligung? Ist es eine politikwissenschaftliche Kategorie? Im Kapitel 4.3.2 wurde der aktuelle Bedeutungswandel des Politischen anhand von vier zentralen Entwicklungen aufgezeigt: Erstens haben sich seit den 1950/60er Jahren die *Civic Culture* und neue politische Beteiligungskulturen herausgebildet. Zweitens sind ab den späten 1970er Jahren Formen der „Alternativökonomie“ als neue Grenze zur alten Wirtschaftlichkeit entstanden. Drittens haben sich ab Mitte der 1980er Jahre Formen von Subpolitik herausgeformt (Beck 1993: 241ff.), die (auch) Arbeit und Unternehmensformen erfassen – und als vierte Entwicklungsstufe folgte ab Mitte der 1990er Jahre der Diskurs um die „Postdemokratie“ und den Niedergang agonaler Streitkulturen.<sup>51</sup> Seitdem wird die Debatte durch eine Vielzahl von Begriffen und Bedeutungszuschreibungen belebt, die von der These der Entpolitisierung bis zur Pluralisierung des politisch Möglichen reichen.

Dazu werden in den nächsten Kapiteln einige Überlegungen angestellt: Im nächsten Kapitel wird der Fokus zunächst auf den Zusammenhang von Sozial- und Künstlerkritik gelegt (vgl. Boltanski/Chiapello 2003), der in der Soziologie seit Jahren diskutiert

51 Vgl. Laclau 1988; Thaa 2011: 12; Mouffe 2011, 2015, 2016; Rancière 2014 [1996]; Crouch 2015; Blüh-dorn 2013, 2018, 2020.

wird<sup>52</sup>, in der Politikwissenschaft jedoch unbedeutend bleibt – und die Frage ist, welche Konsequenzen das für einen heutigen Politikbegriff hat. Im Anschluss daran wird das Selbstherstellen als mögliche Form der Beteiligung diskutiert und gefragt, wie die Politik auf die Vielzahl der neuen politischen Erscheinungsformen reagieren kann – ehe eine abschließende Betrachtung auf Hannah Arendts Zusammenhang von Arbeit, Herstellen und Handeln folgt.

### 8.5.1 Selbstherstellen als ökologische Sozialkritik – Perspektiven für einen neuen Politikbegriff?

Die Akteure dieser Studie kritisieren die Auswüchse des modernen Kapitalismus. Sie sprechen sich nicht per se gegen den Markt aus. Aber sie erheben Einspruch gegen die Dynamik des Wachstums – und positionieren sich gegen Verschleiß und Überproduktion. Ziel der *ethischen* und *politischen* Akteure ist es, gesellschaftliche Veränderungen über Arbeit zu erwirken, wenngleich ihnen die Grenzen ihres Handelns bewusst sind. Wie lässt sich das Selbstherstellen in diesem Spannungsfeld verstehen? Ist es eine Form der ökologischen Sozialkritik? Ist Arbeitshandeln politisch? Und was würde das für einen entsprechenden Politikbegriff bedeuten?

Eingangs wurde dazu die Sozial- und Künstlerkritik in Anlehnung an Boltanski und Chiapello (2003) eingeführt, um mögliche Kritikformen des Selbstherstellens gesellschaftlich zu rahmen. Dort wurde auch auf die Probleme hingewiesen, die damit verbunden sind: Boltanski/Chiapello (2003) haben in ihrer Analyse nicht nur unterstrichen, dass die Künstlerkritik bereits im 19. Jahrhundert aufkam. Sie haben eine politische Perspektive von Arbeitsformen ausgeklammert, die sich mit der Künstlerkritik verbinden kann – und die damit eine Form der Sozialkritik wäre. Nach Boltanski/Chiapello kommt die Sozialkritik zwischen 1930 und 1960 auf. Sie wird getragen von Sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften – die Akteure stellen Forderungen nach sozialer Gleichheit und gerechten Arbeitsbedingungen. Boltanski/Chiapello zufolge ist die Sozialkritik seit den 1970er Jahren jedoch von der Künstlerkritik schrittweise verdrängt worden, die seitdem Autonomie und Selbstbestimmung voranstellt – und den Kapitalismus kritisiert, diese Potenziale zu unterbinden (bzw. über Jahrhunderte unterbunden zu haben). Nach Boltanski/Chiapello habe der flexible Kapitalismus damit die gegen ihn gerichtete Kritik inkorporiert und in neue marktkonforme Appelle verwandelt: Autonomie, Authentizität und Selbstbestimmung, die einstigen Kritikformen am Kapitalismus (die Künstlerkritik), seien heutige Marktvoraussetzungen für den flexiblen Kapitalismus.

Der ganze Widerstreit, der sich im Anschluss an das Werk entzündet hat, kann und soll hier nicht wiedergegeben werden. Bezogen auf den Forschungskontext dieser Studie lässt sich jedoch das Problem herausstellen, wonach sich in Anlehnung an die Künstlerkritik nahezu alle subversiven Regungen in den kapitalistischen Zeitgeist einschreiben lassen (vgl. von Draheim/Reitz 2010; van Dyk 2010; Krempel 2011: 24ff.): Alles, was kritisiert wird, ist zugleich der Keim für neue Wirtschaftsdynamiken. Andererseits bleibt die

52 Das gilt insbesondere in Bezug auf den Wert von Kreativität und kreativer Arbeit (siehe dazu Loader 2010: 28ff.; Krempel 2011: 24ff.; Reckwitz 2014: 194f.; Manske 2016a).

Sozialkritik bei Boltanski/Chiapello damit von unternehmerischen Bezügen entkernt. Zwar haben die Autoren in Aussicht gestellt, dass sich die Sozialkritik erneuern kann. Den Ausgang haben sie jedoch offen gelassen. Genauso haben sie die Sozialkritik kollektivistisch positioniert – individualistische Positionen von Einzelakteuren spielen im Grunde keine Rolle, im Arbeitskontext ohnehin nicht. Ein vergleichbares Problem zeigt sich in Bezug auf eine mögliche Ökologiekritik, die Boltanski/Chiapello beschreiben, die sie aber der Künstlerkritik zuordnen (vgl. Boltanski/Chiapello 2003: 483ff.; siehe auch Barth 2010: 168), und das heißt: Eine ökologische Sozialkritik gibt es nicht, eine über individualisierte Arbeitsformen schon gar nicht.<sup>53</sup>

Die Ergebnisse dieser Studie bringen damit zwei neue Perspektiven hervor, die sowohl an den Diskurs um die Subjektivierung von Arbeit anschließen als auch auf einen erweiterten Politikbegriff abzielen: Erstens ist die Künstlerkritik für die Befragten unerheblich. Autonomie und Selbstbestimmung sind keine zentralen Forderungen, die erhoben werden. Sie werden vorausgesetzt, um darauf basierend neue Kritikformen zu formulieren. Zweitens findet sich die Sozialkritik in den untersuchten Arbeitsformen in veränderter Weise wieder. Nach Boltanski/Chiapello hatte die Sozialkritik in der Hochphase zwischen 1930 und 1960 einen von kollektiven Zusammenschlüssen (Sozialen Bewegungen etc.) getragenen ideologischen Kern. In dieser Betrachtung mag die Sozialkritik tatsächlich im Niedergang begriffen sein. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen jedoch, dass die Sozialkritik in veränderter Form neu hervortritt: Das Soziale als Forderung nach Arbeitsplatzsicherheit etc. schwindet, die ökologische Frage als Kritik an Verschleiß und Überproduktion wird dominant. Dazu üben die Akteure keine klassische Kapitalismuskritik.<sup>54</sup> Sie formulieren neue Grundsatzfragen einer Sozial- als Ökologiekritik im Arbeitskontext, die bei Boltanski/Chiapello nicht vorgesehen sind.

Das bedeutet: Die soziale Frage wird zur ökologischen, die ökologische zur Sozialkritik, die die Künstlerkritik voraussetzt. Kritisiert werden die geopolitischen ökologischen Risiken, die aus der unkontrollierten Bedürfnisbefriedigung resultieren.

Erkennen lässt sich damit eine, vielleicht sogar neue, Form der ökologischen Sozialkritik, die sich als arbeitsinhaltliche Arbeitsverantwortung verstehen lässt, und die, in Anlehnung an die drei historischen Formen der Ökologiebewegungen (nach Barth 2010: 169), als neue Variante der sogenannten *dritten Welle* heraustritt: Die *erste Welle* der Ökologiebewegung kommt Anfang des 19. Jahrhunderts auf. Sie bringt Naturschutzverbände wie DAV, Naturfreunde oder NABU hervor. Die *zweite Welle* setzt in den 1970er Jahren ein, woraus neue Initiativen und Bündnisse hervorgehen, die sich gegen die Marktdurchdringung stellen. Die *dritte Welle* folgt in den 1980er Jahren. Sie war und ist gekennzeichnet durch neue Umweltorganisationen und ein neues Expertentum, das bis in politische

53 Wie Thomas Barth darlegt, diskutieren Boltanski/Chiapello die ökologische Kritik nur als Künstlerkritik im Zusammenhang mit der steigenden Nachfrage nach Öko-Produkten. Demnach fragen Boltanski/Chiapello, inwiefern Konsumententscheidungen das Unternehmensverhalten verändern. Sie stellen aber keine neue Sozial- als Ökologiekritik in Aussicht (vgl. Barth 2010: 168).

54 Wie Thomas Barth herausgearbeitet hat, muss zwischen ökologischer Kritik und Kapitalismuskritik keine „notwendige Verbindung“ bestehen (Barth 2010: 171, H. i. O.). Vielmehr sei die Ökologiekritik eine „spezifische Kritikform, die quer zur Differenz von Künstler- und Sozialkritik liegt“ (ebd.) – die Kritik ist weder nur Abbild einer Forderung nach Authentizität (als Künstlerkritik) noch nur Ausdruck von Kritikformen am produzierten Reichtum (als Ausdruck einer Sozialkritik).

Entscheidungsstrukturen reicht (vgl. ebd.: 169). In dieses Spannungsfeld ließe sich heute eine neue und vierte Variante individualisierter Ökologiekritik als Ausdruck einer Arbeitsverantwortung einfügen, da die Akteure, wenn auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten, gesellschaftliche Verantwortung über ihr Arbeitshandeln übernehmen (vgl. Kapitel 8.2.3). Dabei müssen sie sich gegen keine Widerstände mehr behaupten wie die Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre. Vielmehr arbeiten sie einem gesellschaftlichen ökologischen Konsens zu, der ökologische und fair-soziale Standards vereint.

Was bedeutet das für einen heutigen Politikbegriff? Und gemeint ist hier nicht die seit Jahren unversöhnliche Unterscheidung zwischen einem systemischen Politikbegriff nach Luhmann (Politik als Teilsystem) und einem Handlungsbegriff nach Arendt und Habermas (Politik als Intersubjektivität) (vgl. Meyer 1994: 237). Gemeint ist die Trennung in politisch *assoziativ* (Zusammenhandeln) und politisch *antagonistisch* (basierend auf der Gegnerschaft, vgl. Marchart 2010: 35ff.) – ersteres geht auf Arendt (2013) oder Habermas (1981) zurück, zweiteres auf Autor\*innen wie Mouffe (2015). Bezieht man die genannten Ansätze auf die Ergebnisse der Studie, heißt das nichts anderes, als dass die Arbeitsformen weder das eine noch das andere sind: Das Selbstherstellen ist keine Konsensorientierung frei von ökonomischer Rationalität (im Sinne von Habermas), genauso wenig ist es eine widerständige Praxis als demonstratives Dagegen – Selbstherstellen ist produktives Dafür.<sup>55</sup> Damit repräsentieren die Formen des Selbstherstellens einen Politikbegriff, der das politisch Ganze zugunsten neuer Kleinteiligkeit zerlegt. Politisch am Selbstherstellen ist nicht das Absolute, das sich in sämtlichen Handlungsformen gleich(ermaßen) vollzieht. Es ist das politisch Unvollständige, das je nach Situation eine mögliche Konsensorientierung oder radikale Verneinung bedeuten kann.<sup>56</sup> Treten beispielsweise Ökologiefragen in den Vordergrund, gerät das Arbeitshandeln zum konsensualen Anspruch. Werden dagegen Demokratiestandards verletzt, so etwa durch rechtsextreme Positionen, wird der agonale Widerstreit aktiviert<sup>57</sup> – das Politische ist damit, um auf die eingangs dargelegten Systematisierungen zurückzukommen (vgl. Kapitel 4.1.1), je nach Situation *konfliktorientiert* oder *konsensbezogen*. Das Handeln konkretisiert sich, und das führt wieder auf Hans Joas zurück (vgl. Kapitel 4.1.4), in der jeweiligen Handlungssituation. Meines Erachtens liegt hier seit Jahren ein Grundproblem in der Politikwissenschaft begründet, wonach man sich – je nach Perspektive – für die eine oder andere Seite

- 
- 55 Dass das Selbstherstellen keine agonale Praxis ist, liegt schon daran, dass allokativen Tauschbeziehungen des Marktes nur schwerlich zu radikalisieren sind – das hätte eine völlige Verschließung gegenüber anderen Marktteilnehmer\*innen zur Folge, die nur ansatzweise ökologische Grenzen o.ä. verletzen. Ein solcher am Absoluten orientierter Politikbegriff blendet nicht nur heutige Marktverflechtungen aus. Er erklärt das Politische zum Absoluten, selbst wenn es das Absolute nicht (mehr) gibt.
- 56 Goldberg/Bächtiger (2019) machen diese Diversifizierung an den heutigen unterschiedlichen Ansprüchen der Bürger\*innen deutlich, woraus unterschiedliche Demokratievorstellungen resultieren. Für Goldberg/Bächtiger gibt es darum auch keine „Pauschalpräferenz“ für eine optimale Demokratie.
- 57 Damit soll nicht behauptet werden, dass in der Ökologiefrage Konsens herrscht. Ganz im Gegenteil existieren verschiedenste Positionen, was sich nicht zuletzt am öffentlichen Streit zwischen der Fridays-for-Future-Bewegung und den Grünen zeigt. Auch Forderungen wie die von Klimaforscher James Hansen, künftig auf Atomenergie zu setzen, weil sie klimafreundlich(er) sei, verdeutlichen, wie vielschichtig und wenig konsensual die Ansätze sind (vgl. Sarma/Henning 2020).

zu entscheiden habe. Ein Politikbegriff aber, der diese Vielschichtigkeit und Verästelung von Handlungsformen erkennt, ist nicht nur außerstande, die Ausdifferenzierung des Politischen angemessen zu erfassen. Ein solcher Begriff versucht das zu verabsolutieren, was oft nicht (mehr) zu verabsolutieren ist (vgl. dazu Bedorf 2010: 34). Oder mit den Worten Rortys: „Wir haben die Geduld verloren, uns mit kleineren Maßstäben zu begnügen“, wenn wir das Politische aufsuchen (Rorty 2003: 343).<sup>58</sup> Zugleich spiegelt sich in der Dominanz der Ökologiefrage die Problematik wider, dass die soziale Frage augenscheinlich in den Hintergrund tritt.

### 8.5.2 Ist das Selbsterstellen eine Form der politischen Beteiligung?

Die politikwissenschaftliche Forschung ist sich nie einig darin geworden, was unter Partizipation zu verstehen ist, es herrscht aber ein unausgesprochener Konsens darüber, dass Arbeitsformen nicht dazugehören – klammert man einmal die Debatte um die „sozialunternehmerische Partizipation“ aus (Richter 2013a: 170, 2013b). Insgesamt lassen sich politische Beteiligungsformen zwischen konventionellen/unkonventionellen und institutionalisierten/nicht-institutionalisierten Partizipationsformen unterscheiden (vgl. van Deth/Zorell 2020: 396; Gabriel 2022: 71f.)<sup>59</sup> – zu ersteren gehören die klassischen legalen Beteiligungsformen von der Wahlbeteiligung (vgl. Niedermayer 2005: 195; Steinbrecher 2020) über Mitgliedschaften in Parteien (Klein 2020) bis hin zu Beteiligungen an direktdemokratischen Verfahren (vgl. Vatter et al. 2020), wobei letzteres bereits ein Grenzbereich darstellt. Zu zweiten zählen Demonstrationsformen, deliberative Verfahren (vgl. Götz 2017; Landwehr 2020), Protest, Widerstand oder der ethisch-politische Konsum<sup>60</sup> – die Produktion als Pendant zum Konsum gehört nicht dazu, was in erster Linie daran liegt (vgl. Kapitel 2.3), dass zu den Merkmalen der Partizipation

58 Rorty sagt dazu weiter: „Teillösungen und vorläufige Notbehelfe machen uns unzufrieden. Kaum glauben wir eine Vorstellung davon zu haben, wie man den Getto-Kindern in den Vereinigten Staaten helfen könnte, erkennen wir auch schon, daß unser Einfall für die Kinder in Uganda ohne Bedeutung ist. Dann fühlen wir uns schuldig, weil wir über keine Theorie verfügen, die für die Kinder in der ganzen Welt gilt“ (Rorty 2003: 343).

59 In Streitpunkt in der Forschung ist bis heute, ob politische Einstellungen den Handlungen vorgelagert sein müssen oder ob bereits die Handlung an sich ausreicht, um von politischer Partizipation zu sprechen (so müssen Teilnehmer\*innen von Demonstrationen nicht unbedingt entsprechende Einstellungen haben, um als Protestteilnehmer\*innen in Erscheinung zu treten). Das bloße politische Interesse jedoch reicht für ein Verständnis von politischer Partizipation nicht aus (vgl. van Deth 2009: 141). In der Mehrheit wird politische Partizipation heute auf die Merkmale „Verhalten, Freiwilligkeit, Politikbezug, Einflussorientierung und Nichtberufsmäßigkeit“ bezogen (vgl. Gabriel 2022: 16), wobei zwischen den bereits angeführten *instrumentellen* und *expressiven* Ansätzen der Partizipation zu unterscheiden ist (vgl. Kapitel 3.2) – erstere zielen darauf ab, „Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems“ zu beeinflussen (Kaase 1997: 160; Pickel 2012: 41; Gabriel 2022: 16), zweite stellen Zielsetzungen heraus, um Interessen „außerhalb der traditionellen politischen Strukturen zu artikulieren“ (van Deth/Zorell 2020: 396). Die expressiven Partizipationsformen wiederum schließen an die Subpolitik Becks an, die in der empirischen Sozialforschung jedoch kaum von Bedeutung ist (vgl. Kapitel 4.1.1).

60 Vgl. dazu Baringhorst et al. 2007; Aßländer 2011: 62; Neller/van Deth 2006; van Deth 2013a, 2014; Vetter/Remer-Bollow 2017: 63; van Deth/Zorell 2020.

neben Freiwilligkeit, Politikbezug und Einflussorientierung die „Nichtberufsmäßigkeit“ hinzuaddiert wird (vgl. Gabriel 2022: 16). Die Designforschung und Beiträge zum Selbermachen machen es sich da einfacher: Hier gilt nicht nur der Konsum, auch die Produktion als „Teilhabe an Planung und Gestaltung der artifiziellen Umwelt“ (Mareis 2013: 10), die zu „radikalen Formen des politischen Aktivismus“ führen könne (ebd.: 17). Nicht zuletzt stellt der Begriff des partizipatorischen Designs Formen der Designproduktion in einen demokratischen Kontext (vgl. Unteidig 2018: 77ff.). Bezogen auf den Kulturbegriff wird überdies die Kultur zum „übergreifende[n] politische[n] Ziel“ erklärt, um „Gesellschaftsveränderung im Sinne von Demokratie, Inklusion und Emanzipation [...] zu erreichen“ (Klaus/Zobl 2019: 23), kurzum: Kultur und Kulturproduktion bilden Formen der gesellschaftlichen, wenn nicht gar politischen Beteiligung ab.

Wie sind die Handlungsformen der Akteure dieser Studie in diesem Spannungsfeld zu verstehen? Zunächst spiegeln die Ergebnisse Annahmen der Politikwissenschaft wider, wonach politische Partizipation heute „zunehmend themenspezifisch und entideologisiert“ erscheint (Blühdorn 2013: 191). Zentrale These ist hier, dass sich Bürger\*innen weitestgehend nur noch für die Themen interessieren, die sie selbst betreffen – was sich in dieser Studie ebenso in vielen Fällen zeigt. Auch gehe es bei politischen Beteiligungsformen nicht mehr nur darum, das System als ganzes in Frage zu stellen – auch das drückt sich in vielen Handlungsformen aus. Angenommen wird zudem, dass sich politische Partizipation zunehmend von seinen Kernmilieus löst und themenbezogen, sporadisch bis projekthaft wird (vgl. Embacher 2009; Merkel 2012), auch wird argumentiert, dass sich die Subjekte von gesellschaftlichen Verpflichtungen entledigen würden (vgl. Blühdorn 2013: 191) – letzteres kann für diese Studie nicht bestätigt werden. Zwar ist das Handeln der Befragten projekthaft und themenbezogen. Allerdings werden gesellschaftspolitische Ziele im Arbeitskontext formuliert und praktiziert.

Wie eingangs erwähnt, knüpft die Studie an die herausgearbeiteten Partizipationstypen von van Deth an, der das Kaufen fairer und den Boykott unfairer Produkte als mögliche Formen der politischen Beteiligung erachtet (van Deth 2014: 350ff.; zuletzt van Deth/Zorell 2020) – verbunden mit der Frage ist, ob Arbeitsformen dazugehören. Nach van Deth lassen sich vier Partizipationstypen bestimmen: Der erste bezieht sich auf die Politik und partizipiert im konventionellen Sinne – über Wahlbeteiligung, Mitgliedschaften in Parteien etc. Der zweite betreibt eine Form der unkonventionellen Beteiligung – er nimmt an Demonstrationen, Sitzblockaden o.ä. teil. Der dritte Partizipationstyp partizipiert in sozialer Hinsicht, indem er freiwillige Aktivitäten mit dem Ziel unternimmt, um zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen – in Vereinen, Zusammenschlüssen o.ä. Und der vierte Partizipationstyp stellt die expressive politi-



sche Beteiligung durch den bewussten Kauf fairer oder den Boykott unfairer Produkte voran.<sup>61</sup>

Die befragten Akteure der Studie sind damit – und gemeint sind die *ethischen* und *politischen* – auf Produktionsebene zwischen dem dritten und vierten Partizipationstyp anzusiedeln: Der *ethische Produktionstyp* handelt vergleichbar mit dem dritten Partizipationstyp in van Deths Cluster; er adressiert sein Handeln nicht an die Politik, er stellt gesellschaftliche Lösungen über Arbeit und Produktion voran. Die *politischen Selbsthersteller\*innen* lassen sich dagegen mit dem vierten Partizipationstyp vergleichen. Dieser bezieht sich ebenso wenig auf die Politik. Sein Handeln ist aber insofern politisch, da seine Handlungen per se politisch motiviert sind (van Deth 2014: 358f.) – und in dieser Studie drückt sich das in der Mehrheit in der Produktion ökologischer, fair-sozialer Produkte aus.

Sind die Herstellungsformen damit aber gleich als politische Partizipation zu verstehen? Sind sie womöglich sogar Ausdruck von Protest? Sie sind weder das eine noch das andere: Weder ist das Handeln Abbild einer agonalen Streitkultur über „neue Formen des Protests gegen das etablierte System“ (Banz 2016: 14), noch ist es eine Form der politischen Beteiligung im *engen* politikwissenschaftlichen Sinne. So gehen Teile der Beteiligungsforschung heute von der leitenden Annahme aus, dass die soziale Partizipation die politische prinzipiell begünstigt. So verfügen Mitglieder freiwilliger Organisationen beispielsweise über ein höheres Maß an politischem Sachverstand und partizipieren in höherem Maße an konventionellen Formen als diejenigen, die nicht sozial partizipieren (vgl. van Deth 2001: 197f.). In dieser Studie zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten an gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Themen interessiert ist – man will sich über Arbeit in die Gesellschaft einbringen; man möchte im *sozialen* oder *politischen* Sinne partizipieren. Der hohe Zeitaufwand jedoch, der mit der Arbeit verbunden ist, führt dazu, dass sich das Engagement, wie bereits dargelegt, weitestgehend auf die Arbeit reduziert – weil nebenher kaum Zeit für politisches Engagement bleibt. Die Ergebnisse schließen damit an die Beobachtung von Deths an, dass ein „*negativer Zusammenhang*“ (ebd.: 198, H. i. O.) zwischen normativen Zielen und möglichen Partizipationsleistungen zu erwarten ist, wenn „ernsthaftes Engagement ein beträchtliches Maß an Zeit“ braucht, „das für andere Aktivitäten [...] nicht mehr zur Verfügung steht“ (ebd.). In dieser Studie brauchen die Arbeitsformen der Befragten selbst ein beträchtliches Maß an Zeit, die dann wiederum für die politische Beteiligung fehlt.

Zusammengefasst heißt das, dass die Arbeitsformen der Akteure als Ansammlung von gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Interessenfeldern zu verstehen sind; die überwiegende Mehrheit versucht jedoch weder „Einfluss und Entscheidungen auf

61 Van Deth stellt jedoch klar, dass der bloße Boykott noch nichts Politisches ist: „Only the expression of political aims or intentions transforms these activities into modes of political participation: boycotting a brand of athletic shoes is, as such, not a political activity, but it can easily become one if the shopper explicitly expresses her intention that her refusal should be understood as an utterance for legislation restricting child labour. Yet accepting intentions and aims of people as a necessary criterion to characterize political participation would imply an extreme form of subjectifying our main concepts“ (van Deth 2014: 350).

verschiedenen Ebenen der Politik zu nehmen“ (Vetter/Remer-Bollow 2017: 59) noch werden Handlungen mit dem Ziel vorgenommen, „freiwillig innerhalb sozialer Organisationen“ zu handeln (vgl. van Deth 2001: 208). Setzt man voraus, dass politisch partizipatives Handeln darauf abzielt, dass Entscheidungen auf den Ebenen des politischen Systems beeinflusst werden (müssen)<sup>62</sup>, ist das Handeln der Befragten als keine politische Partizipation zu verstehen. Auch werden kaum Beteiligungsmöglichkeiten über Arbeit geschaffen, an denen andere politisch partizipieren können.

Vergleichbares zeigt sich mit Blick auf die Frage, ob die Arbeitsformen für den im Kapitel 4.3.2d diskutierten „Design-Aktivismus“ (Banz 2016: 14f.) stehen. Zwar zeigen sich Verbindungslinien zu aktuellen Sozialen Bewegungen seitens der Befragten (etwa zu Fridays for Future). Die Aktionsformen haben allerdings kaum Bewegungscharakter, weil sie kein auf „Dauer gestelltes und auf kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen“ sind, das „sozialen Wandel mittels öffentlicher Proteste herbeiführen, verhindern oder rückgängig“ machen will (Rucht 1994: 338). Vielmehr zeigt sich der Wille, sich gesellschaftlich – über Arbeit – einzubringen. Man könnte darum ansatzweise von „sozialunternehmerischer Partizipation“ sprechen (Richter 2013a: 170, 2013b), und damit ließen sich die Arbeitsformen auf die eingangs vorangestellten *expressiven* Formen der Partizipation beziehen (vgl. Kapitel 3.2), wonach ethische oder moralische Standpunkte handlungsleitend sind. Sie sind aber keine Partizipation im *engen* politikwissenschaftlichen Sinne, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Politik als Adressat kaum vorkommt. Darum lässt sich eher von einer Art *indirekten-direkten politischen* Beteiligung über neue Arbeitskontexte sprechen, die ein neues Partizipationsvermögen erzeugen: Angestoßen werden Diskurse, von denen die Politik Notiz nehmen kann und soll, die Politik selbst spielt aber kaum eine Rolle. Das Selbstherstellen ist damit Ausdruck einer Selbstbeteiligung über Arbeit – durch den Austausch mit Konsument\*innen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Was das wiederum für die Parteienpolitik bedeutet, und wie sie darauf reagieren kann, wird im folgenden Abschnitt diskutiert.

### 8.5.3 Politikgestaltung fern von Institutionen und offizieller Politik: Wie kann die Politik reagieren?

Parteien gelten in der Politikwissenschaft als Bindeglied zwischen Bürger\*innen und Staat (vgl. Meyer 2006: 117). Sie befinden sich, wie im Kapitel 4.3.2c aufgezeigt, seit den 1990er Jahren in einer Krise, zumindest, wenn man die Mitgliederzahlen und Zustimmungswerte als Richtwerte heranzieht: Die Mitgliederzahlen sinken, die Zustimmungswerte schwinden (vgl. Klages 2018: 35). Das Parteienspektrum hat sich über die Jahre zu einem asymmetrischen fluiden Parteiensystem gewandelt (vgl. Niedermayer 2008, 2010) – und diese Entwicklung wird sich aller Voraussicht nach fortsetzen. Zugleich wollen die Bürger\*innen partizipieren. Konstatiert werden kann somit eine „paradoxe Gleichzeitigkeit von steigenden Ansprüchen auf Selbstbestimmung und

62 Diese Perspektive geht, wie eingangs dargelegt, im Wesentlichen auf Max Kaase zurück (vgl. Kaase 1997: 160; siehe auch Detjen et al. 2012: 65f.). Demnach wird auf direktem Wege versucht, die Politik zu erreichen/zu beeinflussen.



Repräsentation einerseits“ bei „sinkendem Vertrauen in demokratische Institutionen, Verfahren und Repräsentanten andererseits“ (Blühdorn 2018: 166). Genauso klar scheint jedoch zu sein, dass eine Gesellschaft ohne politische Organisationen und Institutionen weder „denkbar“ noch „praktizierbar“ ist (Klein/von Alemann 2011: 10). Denn eine intakte Demokratie setzt nicht nur das Engagement der Bürger\*innen voraus. Es braucht auch einen funktionsfähigen Nationalstaat (vgl. Manow 2020). Dabei wird es zunehmend schwieriger, in Zukunft noch „nationale Antworten“ auf „weltgesellschaftliche Probleme“ zu finden (Siri 2018: 31), weil bilaterale Abhängigkeiten zunehmen und sich internationale Verflechtungen fortsetzen. Auch haben sich gesellschaftspolitische Interessensfelder längst auf andere Schauplätze der Gesellschaft fern von Parteien verlagert (vgl. letztes Kapitel).

Wie kann die Politik auf diese Entwicklung reagieren? Und wie kann sie an Kulturakteure herantreten? Zunächst zeigen die Ergebnisse, dass die Abwendung von der Politik, wie im Querschnitt der Gesellschaft auch, keine „Pauschalkritik“ (Niedermayer 2013: 56) an Parteien darstellt. Sie ist mehr eine Abkehr von deren Norm als Performanz (vgl. Decker et al. 2020): Zurückgewiesen werden politische Machtbestrebungen, kritisiert werden illoyale Machenschaften und ein überbordender Lobbyismus – befürwortet wird die Demokratie an sich (vgl. Best et al. 2023), und gewünscht wird sich ein aktiver Staat und politische Mitbestimmungen „jenseits von Wahlen“ (Dräger et al. 2014; Geißel/Jung 2020: 41). Zugleich finden die Befragten kaum Zugang zur Politik – im Sinne des politischen Feldes nach Bourdieu gibt es damit kein „spezifisches politisches Interesse“, das als Machtanspruch im Feld behauptet wird (Bourdieu 2001: 50). Genauso fehlt es an klaren Adressaten und Vorstellungen, was Politik ist, sein kann oder sein soll.

Man kann darum wieder an Untersuchungen von Thorsten Faas anknüpfen (vgl. Kapitel 8.3.2), der herausgearbeitet hat, dass es heute umso schwieriger ist, Verantwortliche im Parteienkontext „zu identifizieren und ihnen Verantwortung zuzuschreiben“ (Faas 2016: 150), wenn die Komplexität steigt. Eine „Politisierung eigener Umstände“ im Sinne des *morselizing* gelingt Faas zufolge umso weniger, je mehr sich Zuordnungen als Adressierbarkeiten verflüchtigen. In dieser Studie drückt sich das in der Form aus, dass nicht nur ein teils konfuse Bild bei den Akteuren darüber vorherrscht, was Politik ist oder sein kann. Die Trägheit politischer Entscheidungen wird auch als unzumutbar empfunden. In Anlehnung an Norbert Elias (1996, 1997) und Fernand Braudel (1958), auf die im Kapitel 4.2.2 Bezug genommen wurde, werden damit gesellschaftliche Dynamiken kritisiert, da sich politische Prozesse in Demokratien stets langsamer vollziehen als die wirtschaftlichen. Bernd Sommer und Harald Welzer sprechen darum, wie im Kapitel 4.2.2. angeführt, von neuen „Ungleichzeitigkeiten gesellschaftlicher Entwicklungen“ (Sommer/Welzer 2017: 96ff.). Und in dieser Studie zeigt sich dieses Missverhältnis darin, dass man schnelle Lösungen verlangt, da die Klimakrise bekanntlich nicht aufgeschoben werden kann. Genau darum wird die Politik wiederum als erlahmend erlebt, da sie diesen Aufgaben nur schwerlich nachkommt.

Ohne an dieser Stelle die Frage beantworten zu wollen (und auch nicht zu können), wie Parteien Politik zu machen haben, stellt sich die Frage, wie sie auf Kulturakteure zugehen können und umgekehrt, wie Kulturakteure Politik und Parteien erreichen. Man kann dazu wieder auf Deweys Forderung zurückkommen, wonach eine Demokratie nicht nur lebbar wird, wenn sie mit ausreichendem Expertentum aus der Bürgergesell-

schaft ausgestattet ist (vgl. Dewey 1996: 110). Die Politik selbst müsse eine Lebensform sein. Zugleich lässt sich auf Giddens und Michelsen/Walter Bezug nehmen, da Giddens (1997) einen „dritten Weg“ der Politikgestaltung vorschlägt, wonach der Politik die Aufgabe zukommt, die Gesellschaft dialogisch neu aufzustellen: Die Zumutungen an die reflexive Lebensführung müssten von der Politik abgedeckt werden. Nach Giddens muss die Politik die Rechte und Verantwortlichkeiten unter der Prämisse der Gleichbehandlung neu entfalten – Giddens nennt das neue *dialogische Demokratie* (Giddens 1997: 165). Michelsen und Walter stellen dagegen die heutige Gefahr heraus, dass Bürger\*innen das Vertrauen in ihre Kompetenzen zur Erneuerung der *Res publica* verlieren (Michelsen/Walter 2013: 10), wenn sie sich für Politikgestaltung nicht befähigt fühlen. Letzteres zeigt sich darin, dass sich ein Teil der Befragten zum einen für die Politik nicht befähigt fühlt (*mangelndes Kompetenzgefühl*). Zum anderen knüpft die Politik kaum oder zu wenig an das Expertenwissen der Akteure an. Gerade in der Ökologiefrage ließen sich jedoch neue arbeitsinhaltliche Anspruchshaltungen mit den Anforderungen der Gesellschaft vereinen. Dazu lässt sich auf einen Vorschlag von Thomas Meyer aus der „Transformation des Politischen“ (Meyer 1994) zurückgreifen, der drei Jahrzehnte alt ist, an Aktualität aber kaum eingebüßt hat – und der Dewey, Giddens und Michelsen/Walter ergänzt. Nach Meyer muss sich das politische System gegenüber neuen „Arbeits- und Organisationsformen [...] für all diejenigen“ öffnen, die sich „direkt politisch beteiligen wollen“ (ebd.: 257). Genauso brauche es „kritisierbare *Gemeinwohlkonzepte*“, die über parteiliche Kleinstarbeit hinausgehen (ebd.: 258, H. i. O.). Meyer geht es damit um die „elementaren Lebensinteressen aller Gruppen unter dem Blickwinkel einer anerkennungsfähigen Idee sozialer Gerechtigkeit“ (ebd.). Dazu müssten Netzwerke ins Leben gerufen werden, die tragfähige Kooperationen hervorbringen, die aber nur dann Sinn ergeben würden, wenn sie von allen Beteiligten als wertvoll wahrgenommen werden.

Übertragen heißt das, neue Gremien des Austauschs, Strukturprogramme und „deliberative Verfahren“ (Pickel 2018: 188) ins Leben zu rufen, um die Interessen der Akteure zu bündeln. Im Sinne Helmut Willkes (2016) müsste Demokratie somit *dezentriert* werden, um kompetente Steuerungsmöglichkeiten auf fachkundige Expertisen auszuweiten. In den letzten Jahren kam dazu schon etwas Bewegung ins Spiel: So wurde Ende 2020 das Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit ins Leben gerufen, um Nachhaltigkeitsmaßnahmen in der Kultur einzuleiten. Auch ein „Green Culture Desk“ wurde im Jahr 2022 initiiert, um Klimaschutzmaßnahmen im Kulturbereich zu forcieren. Wie die Namen schon verraten, beziehen sich die nachhaltigen Maßnahmen in diesen Initiativen vordergründig auf die Aspekte Ökologie und Klimaschutz. Rechnet man alle Maßnahmen zusammen, gibt es bis heute weder eine sektorenübergreifende nationale Nachhaltigkeitsstrategie für die Kultur- und Kreativwirtschaft, die alle Kultur- und Kulturwirtschaftsbereiche vereint, noch eine Zusammenführung der Pfeiler Ökologie, Soziales und Ökonomie, die in der Kultur(wirtschaft) ganzheitlich zum Tragen kommt.

Zugleich zeigt sich: Projekte, Unternehmen und Solo-Selbstständige, die das Thema Nachhaltigkeit voranbringen, sind kaum überschaubar (vgl. Kapitel 4.1.9), und sie reichen von Ökologieschwerpunkten bis hin zu sozialem und kooperativem Unternehmertum. Eine Besonderheit ist allerdings, dass auf politischer Ebene die Kultur und Kreativwirtschaft in einen nicht-kommerziellen Sektor (Kunst/Kultur) und wirtschaftlichen Bereich (Kreativwirtschaft) unterteilt werden. Diese Trennung mag sinnvoll sein, um die

Kunst und Kultur zu fördern, die sonst am Markt kaum bestehen kann. In Bezug auf neue Nachhaltigkeitsfragen spiegeln sie oft aber weder die Lebensrealität der Akteure wider, noch sind Non-Profit- und For-Profit-Strategien immer klar abgrenzbar. Auch die Kultur verfolgt heute nachhaltige ökologische Ziele und hat den Postwachstumsgedanken verinnerlicht. Genauso lassen sich seit Jahren Schnittstellendynamiken zwischen Non-Profit-Akteuren und neuem Sozialunternehmertum erkennen. Förderprogramme, die an dieser Logik ansetzen und eine Verzahnung fördern, wären wünschenswert.<sup>63</sup> Gerade von Wirtschaftsseite zeigt sich jedoch, dass das Thema oft noch immer rein monetär angegangen wird, was dem Nachhaltigkeitsgedanken im Sinne von Entschleunigung und Ressourcenschonung an vielen Stellen widerspricht. An dieser Stelle könnten/müssten neue Programme und Förderstrukturen geschaffen werden, die die Lebensrealität der Akteure abbilden, zugleich ließe sich an die von Meyer geforderten Gremien anknüpfen. Als Beispiel könnte der „Kreativpakt“ aus dem Jahre 2005 gelten, der Akteure der Kreativwirtschaft mit der Politik zu aktuellen arbeitsbezogenen Fragen zusammengebracht hat. Hier lag der Fokus auf sozialen Risiken und der Reform des Urheberrechts, er hatte jedoch kaum Außenwirkung. Ein solcher Pakt könnte zum Thema Nachhaltigkeit mit viel Kapital, klaren Zielsetzungen und Vereinbarungen geschaffen werden. Das würde nicht nur die Dringlichkeit des Themas unterstreichen. Es würde die Systemrelevanz der Akteure abermals betonen.

#### **8.5.4 Arbeit, Selbstherstellen, Handeln: Freiheit als Gefahr, die Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik und die Politik des Beständigen als Chance**

Was ist die Konsequenz, wenn, so das Ergebnis der Studie, ein Großteil der Akteure gesellschaftliche Veränderungen über Arbeit erzielen will, in der Mehrheit aber weder Forderungen an die Politik stellt noch sich sonderlich politisch organisiert? Was sagt das über das Spannungsverhältnis von Individuum, Zivilgesellschaft und Staat aus? Und was bedeutet diese Entwicklung für den Zusammenhang von Arbeit, Herstellen und Handeln, der in dieser Studie in Anlehnung an Hannah Arendt zum Ausgangspunkt genommen wurde? Zunächst ließe sich Arendts Verfallsdiagnose des Politischen bedingungslos in den Diskurs einschreiben. In den Arbeitsformen der Akteure kreuzen sich rationale Entscheidungsstrukturen mit Neubürgerlicher Unverbundenheit und einer Idealisierung der Lebensweltgestaltung. Arendts eindringlicher Appell, das Politische vom Privaten und Gesellschaftlichen zu trennen und von den Notwendigkeiten des Lebens zu entkernen, hat sich über die Jahre an vielen Stellen ins Gegenteil gekehrt: Nicht nur das Private wurde politisch, neue Unternehmensformen stehen für heutige Selbstpolitiken. Was Habermas trennt, Arbeit und Interaktion, wird zur gesellschaftspolitischen Interaktion. Was Arendt unterscheidet, Herstellen und Handeln, löst sich an vielen Stellen auf, und man kann das an zwei zentralen Punkten festmachen: Erstens haben sich seit den 1970er Jahren Bürgerbeteiligungskulturen um ein Vielfaches erweitert, die nicht

63 Wie lange die Politik braucht, um das Thema Sozialverantwortlichkeit von Unternehmertum zu erkennen, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass das Thema „Social Entrepreneurship“ erstmals im Koalitionsvertrag 2017/18 auftaucht (vgl. Sauerhammer 2018).

nur unter dem Radar der erwerbsfreien Selbstorganisation eine neue Heimat finden. Sie dringen ein in heutige Konsum- und Unternehmensformen. Sie finden sich in neuer Konsumkritik, einer Politisierung von Lebensstilen oder in sozialverantwortlichem Unternehmertum wieder. Die Autonomie als *Praxis*, die Castoriadis herausgearbeitet hat (Castoriadis 1990), hat dabei nicht die von ihm erhoffte Revolution zur Folge. Sie führt dazu, wie Hans Joas in Anlehnung an Castoriadis argumentiert, dass „Träger und Ziel der gemeinten Revolution [...] kaum noch klare Konturen“ aufweisen (Joas 1996: 170). Zweitens lässt sich darin eine historische Verschiebung erkennen (vgl. Kapitel 8.4.3): War der Homo faber in vormodernen Zeiten ein entpolitisiertes Arbeitssubjekt, weil er arbeiten musste, ist das Arbeitssubjekt heute (auch) politisch, weil es herstellt. Die Arbeitsformen dieser Studie zeigen damit in hohem Maße, dass sich gesellschaftspolitische Ansprüche und Marktanforderungen verzahnen und wechselseitig hervorbringen: Politisches Handeln wird ökonomisch, ökonomisches Handeln hat eine politische Dimension. Zugleich müssen sich Parteien und politische Institutionen auf der politischen Bühne neu behaupten. Für die Akteure dieser Studie spielen sie aber so gut wie keine Rolle.

Darin lässt sich eine Entpolitisierung ausmachen, weil sich das Politische von seinen einstigen Adressaten wegbewegt und das Ökonomische sämtliche Lebensbereiche durchsetzt. Genauso ließe sich eine Ausweitung des Politischen konstatieren, da sich politische Zielsetzungen in neuen Arbeitsstrukturen verkörpern.<sup>64</sup> Die Studie unterstreicht damit die Tendenz, dass sich Politikformen von alten Dogmen lösen und zu pragmatischen Mobilmachungen wandeln: Die Subjektivierung ist weder nur eine *über* Arbeit, sie ist eine *der* Arbeit. Subjekte suchen Sinnkontexte in Arbeitsprozessen (Subjektivierung *über* Arbeit, die *normative Subjektivierung*), indem sie Arbeit nachhaltig umgestalten wollen, zugleich werden sie als Arbeitssubjekte subjektiviert (Subjektivierung *der* Arbeit als *ideologische Subjektivierung*), weil Selbstansprüche neue Markterfordernisse sind.<sup>65</sup> In den Arbeitsformen verkörpert sich ein Anspruch an gesellschaftliche Mitbestimmung; Arbeit wird zum Ort der gesellschaftspolitischen Austragung, zugleich wird Arbeit zur neuen Differenz von Politik: Aktiviert wird sich in den Rückzugsorten fern von politischen Institutionen. Appelliert wird an die globale Verantwortung. Bearbeitet werden Probleme jedoch im Kleinen – themenbezogen, überschaubar, immer mit der Möglichkeit verbunden, die Zelte abubrechen, um etwas Neues zu beginnen.

Bezogen auf Hannah Arendt, die zum Ausgangspunkt dieser Studie genommen wurde, lassen sich dazu abschließend drei zentrale Perspektiven aufzeigen, die den Zusammenhang von Arbeit und Politikformen neu beleuchten.

64 Der Diskurs über die Entpolitisierung kann hier nicht vollständig nachgezeichnet werden, er lässt sich aber an zwei zentralen Polen abbilden: Auf der einen Seite argumentieren Autoren wie Rorty (1988a), dass durch „unterschiedliche Lebensentwürfe und Wertorientierungen“ (Rothe 2017: 14) ein neues politisches Potenzial entstehe. Auf der anderen Seite vertreten Nida-Rümelin (2006), Mouffe (2011, 2016) oder Blühdorn (2013, 2018, 2020) die These, dass darüber die Gefahr der Neoliberalisierung des Sozialen (durch Marktaushöhlungen etc.) virulent werde. Eine Vertiefung der Debatte findet sich im Kapitel 4.3.2e.

65 Vgl. Kleemann et al. 2003: 91, siehe auch Bröckling 2007 sowie zur Vertiefung das Kapitel 2.3.

## 01 Die Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Arbeitswelt

Nach Hannah Arendt sind die Ideale des Homo faber welche „von Dauer, Haltbarkeit, Bestand“ (Arendt 2013: 150). Das Herstellen ist die Tätigkeitsform, die nicht verbraucht, sondern Dinge für den Gebrauch schafft. Dazu greift das Herstellen (so wie die Arbeit auch) unmittelbar in die Natur ein, es hat für Arendt aber keine politische Dimension. Aus zwei Gründen lässt sich darin aber eine heutige politische Perspektive bestimmen: Erstens kommt dem Selbsterstellen als Arbeitsform eine politische Dimension zu. Sie ist die Form der Arbeit, die jetzt und in der Zukunft ein Gegengewicht zur Massenfertigung bilden wird. Und sie wird die Form der Arbeit sein, die das Körperliche in einer entkörperlichten Gesellschaft hervorholt und für neue „Könnerschaft“ steht (Ax 2009: 25ff.). Die Automatisierung von Arbeitsprozessen wird sich weiter fortsetzen. Nicht jede Form der Arbeit wird verschwinden. Zentrale Anwendungsbereiche aber, so die Analyse von Hirsch-Kreinsen und Karačić, die von der Gestaltung intelligenter Gebäude (Smart Homes) über fahrerlose Transportsysteme bis hin zur „Bewältigung von Anforderungen menschenfeindlicher Umgebungen, wie sie beispielsweise beim Rückbau von Kernkraftanlagen auftreten“ können (vgl. Hirsch-Kreinsen/Karačić 2019: 11; siehe auch Heßler 2019), werden die zukünftige Arbeitswelt prägen und zentrale Aufgabenbereiche zum Erliegen bringen. Laut einer Studie des Weltwirtschaftsforums 2018 wird die Digitalisierung bis 2025 weltweit 75 Millionen Jobs vernichten, wenngleich auch 133 Millionen neue entstehen können. Verschwinden werden neben Bürotätigkeiten aber vor allem körperliche Arbeiten und Routineaufgaben (vgl. Jensen 2018) – und die neuesten Prognosen, wonach im Zuge von ChatGPT weltweit bis zu 300 Millionen Arbeitsplätze schwinden könnten (vgl. Becchi 2023), sind in diesen Berechnungen nicht mal inbegriffen. Das Selbsterstellen wird gegen diese Entwicklung nicht immun sein. Sie kann aber die Form der Arbeit sein, die in Zukunft (noch) von Menschen (selbst) gemacht wird. Zweitens, und damit verbunden, hat das Selbsterstellen eine politische Dimension, weil es neue ökologische Perspektiven der Arbeit hervorbringt. In der Sozialforschung werden dazu seit Jahren die verschiedensten Modelle diskutiert – sie reichen von der Erhöhung freier Selbstversorgung und daran gebundener verkürzter Arbeitszeit bis hin zur Hervorhebung eigener Fertigkeiten unter Regionalisierungsaspekten. Gefordert wird – übergreifend – eine neue Form der Ökologieverträglichkeit und ein damit verbundenes Kooperationsvermögen. So schlägt Niko Paech beispielsweise ein Modell zur Steigerung individueller Versorgungsmöglichkeiten durch Spezialisierungen vor (vgl. Paech 2014: 28ff.). Darüber ließen sich Kompetenzen erhöhen, Geschicklichkeiten steigern, zugleich könnte Zeit eingespart und Abfall reduziert werden. Wenn Produkte zudem nur einmal angeschafft werden müssten, da sie a.) lange haltbar sind und b.) von anderen mitgenutzt werden können, würden geringere Durchschnittskosten entstehen. An anderer Stelle plädiert Paech so wie Haug oder Gerold (vgl. Haug 2014: 33; Gerold 2019: 62)<sup>66</sup> für neue Zeitkonzepte, um, so das Ziel, durch radikale Arbeitszeitverkürzungen Freiräume für gesellschaftspolitische Teilhabe und Möglichkeiten der Ressourcenschonung zu schaffen.

66 Frigga Haug fordert das „Vier-in-einem-Konzept“ (Haug 2014: 33) zur radikalen Verkürzung der im Erwerbsleben verbrachten Zeit, um Freiräume für die „Arbeit an sich selbst“ und gesellschaftspolitische Teilhabe zu schaffen. Stefanie Gerold vertritt die „Halbtagsgesellschaft“ (Gerold 2019: 62), um die Arbeitszeit auf bis zu zwanzig Wochenstunden zu reduzieren.

Die Konzepte ähneln sich alle im Kern, und die Frage ist, ob und wie sie realisierbar sind. So wird von Wirtschaftswissenschaftlern seit Jahren mit Nachdruck betont, dass eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum utopisch sei – Mathias Binswanger (2019) legt etwa nahe, dass es in Zukunft um eine neue Balance zwischen Wachstumszyklen und Entschleunigungen gehen müsse. Auch bleibt unklar, welche Rolle Kulturakteuren in diesem Spannungsfeld zukommt: Sind sie nur Ideengeber? Treten sie ein für einen entschleunigten Markt und können zum Schluss selbst nicht mehr mithalten? Müssen Kreativ-schaffende mithalten können? Berechnungen vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung haben ergeben, dass kleine Labels und Unternehmen bereits „optimale Betriebsgrößen“ und einen „optimalen Umfang“ haben (vgl. Ax 2017: 67). Als letzter Notnagel gilt schließlich immer das bedingungslose Grundeinkommen (BGE)<sup>67</sup>, das von vielen Wirtschaftsvertretern zurückgewiesen wird. Zum einen, so das Argument, sei es nicht finanzierbar. Zum anderen dürfe es in heutigen Wirtschaftskreisläufen nicht darum gehen, die Arbeitskräfte vom Markt zu nehmen. Vielmehr müsse die Stärkung der Nachfrageseite vorangetrieben werden, damit gerechte Lohnverteilung möglich wird (so die Forderung von Flassbeck et al. 2012). Die Diskussion zum BGE kann und soll hier nicht weitergeführt werden, sie zeigt aber, worum es im Kern geht: nämlich um die Frage, welche Arbeit die Gesellschaft braucht, was sie erfordert und wer am Ende Arbeit finanziert – und welche Arbeit die Gesellschaft noch finanzieren kann.

## 02 Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik

Die zweite Perspektive, die in Bezug auf Hannah Arendt geltend gemacht werden soll, ist eine auf die Politik selbst. Sie soll an dieser Stelle als die *Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik* verstanden werden. Eine solche Perspektive hat Hannah Arendt kategorisch ausgeschlagen. Ihre Sorge war, dass sich Zweck-Mittel-Relationen auf das Handeln, das Politische, übertragen und Zwecke damit (verstanden als fremde Zwecke) das politische Handeln bestimmen.<sup>68</sup> *Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik* soll hier aber heißen, das Bleibende und Dauerhafte, was Arendt dem Herstellen zugeordnet hat, zum Grundsatz neuer Politik zu erklären. Das kommt Giddens Forderung nach einer Neuerfindung des Sozialstaates (vgl. Giddens 1997: 207ff.) entgegen, schließt aber auch an Manows Appell (2020) einer Re-Demokratisierung durch die Stärkung zentralisierter Politik an. Genauso ließe sich an Jonas' ökologischen Imperativ anknüpfen, worüber Herstellen als Handeln zum Aufgabenkatalog für die Politik wird. Denn, so Jonas' Appell, „wenn die Sphäre des Herstellens in den Raum wesentlichen Handelns eingedrungen ist, dann muß Moralität in die Sphäre des Herstellens eindringen, von der sie sich früher ferngehalten hat, und sie muß dies in der Form öffentlicher Politik tun“ (Jonas 2020 [1979]: 57). *Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik* heißt damit, eine Politik

67 Vgl. Gorz 2000; Weeks 2011; Krull et al. 2009; Vobruba 2019.

68 Wie dargelegt, hat Arendt dazu eine Hintertür offen gelassen. Zwar versteht sie das Handeln des Homo faber als „Zweckprogressus ad infinitum“, weil der Homo faber permanent „seinen Nutzen beweisen“ müsse. Auch gebe es keine Möglichkeit, diesen Weg zu durchbrechen, wenn „alle Zwecke [...] wieder zu Mitteln für weitere Zwecke werden“. Es sei denn, „man deklariere eines dieser Dinge zu einem ‚Zweck an sich‘“ (Arendt 2013: 183). Was Arendt damit meint, bleibt ihr Geheimnis.



des Weitblicks zu betreiben, die konjunkturelle Überhitzungen genauso überdauert wie parteibezogene Verschanzungen, die heute an vielen Stellen wichtige Entscheidungen hemmen (so etwa Fragen zur Ressourceneinsparung, neuen Wohnungspolitik etc.). Der Zweck wäre somit kein Fremdzweck im Sinne Arendts. Er wäre Mittel zum Zweck für das Beständige. Die Sorge um die Welt, die sich bei Arendt auf den Verlust intersubjektiver Beziehungen bezieht, wäre eine Perspektive der politischen Nachhaltigkeit im Sinne der Langfristigkeit.

### 03 Neue Sorge um die Welt: Freiheit als Gefahr, oder: Die Pluralität als neuer Mensch-Umwelt-Komplex

Die politische Frage des 21. Jahrhunderts ist eine ökologische (vgl. Latour 2017, 2018). Es wird in Zukunft darum gehen, wie Menschen ressourcenschonend arbeiten und im Einklang miteinander leben können. Gefordert ist damit ein ganzheitlicher Entwurf zum Kreislauf von Mensch, Natur und Welt. Und damit kehrt sich das um, was Hannah Arendt Marx vorwarf, dass er Arbeit als „Stoffwechsel mit der Natur“ (Marx 2018a: 192) zur „ewige[n] Naturnotwendigkeit“ erklärt habe (Arendt 2013: 123). Für Arendt stellte das eine Gefahr dar: Wenn der Mensch durch dauernde Arbeits- und Naturkreisläufe immer wieder von vorne anfangen müsse, würde er seine Ressourcen verbrauchen; er würde sich von keinen Naturnotwendigkeiten befreien können. Diesem Anfangen-müssen als Naturnotwendigkeit stellte sie das Anfangen-können als politische Eigeninitiative entgegen.

Diesem Anfangen-können kommt heute eine neue Zweifachbedeutung zu: Es steht erstens für die permanente Aktivierung; Anfangen-können ist Anfangen-müssen, das durch Flexibilisierung und dauerhafte Verfügbarkeit hervorgebracht wird. Zweitens meint „ewige Naturnotwendigkeit“, das Anfangen-müssen zur Naturnotwendigkeit im Sinne neuer Ressourcenschonung zu erklären: „Einen-Anfang-Setzen-und-etwas-Beginnen“ (Arendt 2015: 49) wäre somit gleichbedeutend mit Eigeninitiative als neue ökologische Notwendigkeit. Selbsterstellen würde bedeuten, Arbeit als Verantwortungshandeln in den kategorischen ökologischen Imperativ (Jonas 2020 [1979]) zu überführen: Arbeit stünde für das Soziale, das ökologische Grundsätze vereint.

Zugleich hieße das, dass sich das Politische auf keine ökologischen Grundsätze reduzieren kann. Man kann auch hier auf Hannah Arendt zurückkommen, die die Wechselseitigkeit aus Freiheit und Pluralität zur Voraussetzung für das Politische erklärt hat. An diesen Grundsatz kann heute umso mehr erinnert werden, da der Freiheitsbegriff gegenwärtig an der Naht zu neuen Verschwörungsideologien, alten Nationalismen und neuem wirtschaftlichen Extremismus eine neue Dynamisierung erfährt: Freiheit bedeutet heute (auch), sich die Freiheit zu nehmen, um gegen Demokratie und Gleichberechtigung ins Feld zu ziehen, das eigene Handeln aber als demokratischen Vorstoß zu erleben – Philip Manow beschreibt diesen Prozess jüngst als „Re-entry“ der Entdemokratisierung: Das einstige „Außenverhältnis der Demokratie“, das Nicht-Demokratische, kehre ins Binnenverhältnis der Demokratie zurück, werde aber unter dem Deckmantel der Demokratie neu verhandelt (Manow 2020: 20f.). Exemplarisch zeigte sich das in der Vergangenheit im Zuge aufbrausender Corona-Leugnungen und damit verbundener Weltverschwörung. Genauso wird es ersichtlich am seit Jahren aufkeimenden rechtspo-

pulistischen Begriff des Ethnopluralismus<sup>69</sup>, der das pluralistische Moment Arendts als Akzeptanz des Anderen in den Ausschluss Anderer überführt – den Ausschluss aber als Erhalt der Vielfalt deklariert. Auch verschafft sich im finanzglobalen Sektor eine Version von Freiheit Platz, wonach Fondsgesellschaften – mit Blackrock als dem weltweit größten Vermögensverwalter mit gegenwärtig 7,96 Billionen US-Dollar an verwaltetem Kapital (Stand Oktober 2022, vgl. Trader 2022) – mehr Geld anhäufen als Staaten. Dieses Problem lösen in Zukunft weder nachhaltige Arbeitsformen noch durchdachte Ökologiekonzepte. Das Problem lösen gegenwärtig nicht mal Nationalstaaten selbst. Schon darum kann sich das Politische auf keine Rückzugsräume der ökologischen Selbstproduktion reduzieren. Schon deshalb muss ein Freiheitsbegriff entworfen werden, der sich als das politisch Agonale versteht, und das hieße, das „Einen-Anfang-Setzen-und-etwas-Beginnen“ Arendts (2015: 49) in neu „auferlegt[e] Konfliktfähigkeit“ (Mouffe 2016: 16) zu überführen.<sup>70</sup> Nicht zuletzt macht auch der Ukraine-Krieg deutlich, wie schnell deliberative Politikmodelle des Aushandelns, um wieder auf Habermas zurückzukommen, an Grenzen stoßen, wenn die Despotie eines Machthabers die Möglichkeit aus dem Weg räumt, sich am Verhandlungstisch auf Augenhöhe zu begegnen. Im Gegenzug bedeutet das nicht, dass das Selbstherstellen darum unpolitisch ist, weil es keine altbekannten Widerstände erzeugt. Das Selbstherstellen ist und bleibt das politisch Unvollständige. Es politisiert nicht das gesellschaftliche Ganze, es reflektiert Teilaspekte, die auf ganzheitliche Probleme hindeuten und die eine ethische Dimension haben – und auf die das Politische bezogen werden kann. Oder mit den Worten Chantal Mouffes: Man kann die Politik auf keine ethischen Fragen verkürzen. Die politische Praxis muss mit Fragen der Ethik konfrontiert werden (vgl. Mouffe 2015: 134). Das Selbstherstellen kann dazu nur der Anfang sein. Es ist nicht das, was jetzt schon Politik ist. Es ist das, woraus Politik über das Politische werden kann.<sup>71</sup>

69 Das Konzept des Ethnopluralismus geht auf den sogenannten Dritten Weg der intellektuellen Rechten Frankreichs der 1970er Jahre zurück. Über den Begriff wird die Unvereinbarkeit von Völkern und Ethnien nicht biologistisch phänotypisch begründet. Der Ausschluss wird als Erhalt der Vielfalt deklariert – und Kultur damit zur autoritären Setzung, die den Ausschluss anderer als Erhalt ihrer nationalen Identität legitimiert (vgl. Funke 2009; Zorn 2018).

70 Zwar wird das Handeln Arendts vereinzelt als agonal gedeutet (vgl. Solmaz 2016). Bei genauer Betrachtung zielt ihr Handlungsverständnis jedoch auf den Prozess des Aushandelns ab. Die hier dargelegten Problematiken (Rechtsextremismus etc.) lassen sich jedoch nur im Widerstreit lösen, was für politisches Handeln nicht grundsätzlich gilt (vgl. Kapitel 8.5.1).

71 Politik ist das, was aus politischem Handeln und politischer Subjektivierung folgt. Politische Subjektivierung definiere ich damit abschließend als dasjenige subjektvolle und subjektbezogene Handeln, das bestehende Strukturen im Sinne der sozialen Ordnung und/oder dem Zusammenleben der Subjekte verändern will – politische Subjektivierung kann, muss aber nicht direkt an die Politik adressiertes Handeln sein, sie hat aber immer gesellschaftspolitische Veränderungen zum Ziel. Dazu kann politische Subjektivierung konsensorientiert sein, sie kann genauso auf eine widerständige agonale Praxis abzielen. Sie setzt aber, und damit grenze ich meine Definition von Rancière ab, keine „auf Dissens beruhend[e] Subjektivierungsweisen“ voraus (Rancière 2008: 45). Politische Subjektivierung von Arbeit definiere ich dagegen als dasjenige Handeln (Arbeitshandeln), das im Gegensatz zur politischen Subjektivierung immer gegenstandsbezogen und planmäßig rational ist: Politische Subjektivierung von Arbeit ist strategisches teleologisches Handeln (Zweck als Ziel, *Telos* als in die Zukunft weisend). Ziel ist die gesellschaftliche Veränderung über Arbeit und Produktion.